

Wie politikfähig ist DIE LINKE?

Weichenstellung für progressive Politik

von ■ Paul Schäfer

Die im Folgenden begründete zentrale These lautet: Bei der Bundestagswahl 2021 geht es darum, wie die Weichen nach der Corona-Pandemie gestellt werden. Ob eine progressive Wende gelingt, mit der die Krisenprozesse sozial gerecht und nachhaltig bearbeitet werden, ist offen. Und: Ob DIE LINKE in diesem Zusammenhang eine konstruktive Rolle spielen wird, hängt davon ab, ob sie sich neu aufstellen kann.

1.

Es fällt gegenwärtig schwer, sich einen progressiven Politikwechsel vorzustellen, der von einer grün-rot-roten Regierungskoalition getragen werden müsste. Selbst eine arithmetische Mehrheit für SPD/Grüne/Linke ist nicht in Sicht, eine Wechselstimmung nicht erkennbar. Und doch ist es so eindeutig nicht. CDU/CSU wissen nicht so richtig, wer Merkel nachfolgen soll. Eine Mehrheit der SPD-Mitgliedschaft hat bei der Wahl der Doppelspitze Esken/Walter-Borjans für eine aktivere Politik der Sozialreformen votiert. Dies ist durch die Kür von Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten nicht erledigt, der einige zaghafte Wendungen nach links vollzogen hat. Die Öffnung der GRÜNEN zur konservativen Mitte ist nicht zu übersehen. Aber die Mehrzahl der Grün-Wähler*innen möchte nach ZDF-Umfragen Grün-Rot-Rot. Auch hat die Klimabewegung (Fridays for Future) die Sogwirkung von Schwarz-Grün an der Basis gemindert.¹ Und wollen sie wirklich nur Platz Zwei als Juniorpartner? Immerhin haben sie ein Grundsatzprogramm beschlossen, das alle Optionen offen lässt.

Ohne Kräfteverschiebungen bis zum Wahltermin 2021 wird es nicht gehen. Vor der Corona-Pandemie hat sich beträchtliches Mobilisierungspotenzial für eine ökologische Wende gezeigt. Corona hat die Möglichkeiten politischer Aufklärungsarbeit eingeschränkt. Unter diesen Voraussetzungen einen Stimmungsumschwung erreichen zu wollen, erscheint kühn. Dennoch besteht – so die Behauptung – kein Grund für Defätismus. Veränderung ist möglich.

2.

Das Nachdenken über eine geeignete progressive Wahlstrategie sollte damit beginnen, sich über die Ausgangslage und absehbare Entwicklungstrends zu vergewissern.

Die Corona-Pandemie war eine Zäsur. Es wird danach nicht mehr so sein wie vorher. Auch nicht für die Linke.

Bei der Bankenrettung 2010ff. ging es um die Banken und den Euro. Jetzt geht es um Berufsgruppen, die sich als gesellschaftlich wichtig, aber notorisch unterbezahlt herausgestellt haben – im Gesundheitswesen, der Lebensmittelversorgung, der Bildung usw. Es geht um die Erkenntnis, dass öffentlich organisierte Grundversorgung und gute soziale Infrastrukturen unverzichtbar sind. Wie anfällig der ausgeuferte Sektor prekärer (Beschäftigungs-)Verhältnisse ist, wenn es in der Wirtschaft nicht mehr läuft, wurde ebenso klar. Hier ist erheblicher Reformbedarf angesagt – soziale Sicherheit muss wieder großgeschrieben werden.² Der verordnete Lockdown hat für den Moment unser Leben verändert. Mit widersprüchlichen Folgen: Soziale Distanzierung heißt auch Einsamkeit, Depression, Schließung von Kultureinrichtungen, Minderung von Lebensqualität. Die als wohltuend empfundenen Seiten: weniger Zeitdruck, mehr Heimarbeit, bessere Luft durch weniger Flugverkehr, Konjunktur für das Radfahren usw. Die Schlüsse daraus sind vielfältig. Klar scheint: Das Thema »nachhaltige und solidarische Lebensweise« wird in der Programmatik progressiver Parteien immer wichtiger werden. Wir reden hier über Städtebau und Verkehrsplanung, über human gesteuerte Digitalisierung, u.v.m.

Der intervenierende Staat hat sich als segensreich erwiesen, um mit den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise fertigzuwerden. Jetzt geht es darum, die krass deutlich gewordenen Spielräume für Investitionen in eine nachhaltige und sozial gerechte Zukunft zu nutzen.

Um den völligen Absturz der Wirtschaft zu verhindern, musste der Staat in den reichen Nationen neoliberale Dogmen (»Schwarze Null«) über Bord werfen und gewaltige Geldsummen, wie man es bis dato nur aus Kriegszeiten kannte, mobilisieren. In der Wirtschafts- und Finanzpolitik scheinen neue Zeiten angebrochen zu sein.³ Die niedrigen Zinsen, die man auch für die nahe Zukunft erwartet, stabilisieren die Schuldentragfähigkeit der Staaten. Die Dämonisierung von Staatsschulden wird obsolet. Zugleich ist offenkundig geworden, dass es – nicht zuletzt wegen der Notwendigkeit des ökologischen Umbaus, aber auch der globalen Verwerfungen – einen erheblichen Handlungsbedarf in den wohlhabenderen kapitalistischen Staaten gibt. All dies hat sich auch im mittelfristig angelegten »Aufbauplan« der EU niedergeschlagen. Damit sind die klassischen sozialen Fragen einer gerechten Vermögens- und Lastenverteilung nicht verschwunden.

In einem Positionspapier der LINKEN heißt es dazu: »Jetzt wird entschieden, wie diese Krise aufgelöst wird. Jetzt wird entschieden, wer profitieren wird, wer die Folgen tragen und die Kosten bezahlen muss.«⁴ Ja, es muss verhindert werden, dass rasch zu einer Politik der ausgeglichenen Haushalte zurückgekehrt wird und dadurch Sozialabbau wieder auf die Tagesordnung kommt.⁵ Und es ist ebenso wichtig, dass eine Reichensteuer (Vermögens- und Erbschaftssteuer) für mehr Gerechtigkeit sorgen und mehr Einnahmen generieren könnte. »Umverteilen« reicht indes nicht. Die Idee eines soziale Schutzschirms nach Corona ist gut, sie mit Vorschlägen für nachhaltige Investitionen zu verbinden, besser.⁶ Eine Linke, die

auf der Höhe der Zeit sein will, muss Vorschläge machen, wie ein intervenierender und unternehmerischer Staat⁷ die öffentliche Daseinsvorsorge verbessern, die ökologische Transformation voranbringen und globale Missstände beseitigen kann.

Im Jahr 2020 hat »Corona« alles überlagert; jetzt meldet sich die Klimakrise unübersehbar zurück. Die sozialökologische Transformation wird das große Thema der nächsten Jahrzehnte bleiben.⁸

Extreme Wetterlagen mit drastischen gesellschaftlichen Auswirkungen und beängstigend erhöhte CO₂-Konzentrationen in der Atmosphäre trotz weltweiter Lockdowns machen wieder Schlagzeilen. Die Staatenwelt muss auf Gedeih und Verderb darauf reagieren, aber sie tut es bisher unzureichend. Die Auseinandersetzungen um den EU-Aufbauplan und den ambitionierten »Green Deal« haben gezeigt, dass trotz kräftig erhöhter Mittelzuweisung der Klima- und Umweltschutz längst nicht in trockenen Tüchern ist. Und durch die im Wesentlichen fortgeschriebene Gemeinsame Agrarpolitik wird er konterkariert. Die Klimaziele des Pariser Abkommens werden so nicht erreicht werden. John Kerry, der Sonderbeauftragte Joe Bidens, sagt im Übrigen dazu: »Paris reicht nicht.« In der Wahrnehmung großer Teile der Bevölkerung ist die Klimafrage ein vordringliches Thema. Daher sind konkrete Konzepte für eine sozial abgefederte raschere Energie- und Verkehrswende von links, für eine ökologische Industriepolitik gefragt.

International haben wir es mit einer tiefgreifenden Umbruchsituation zu tun, die nach vertiefter globaler Kooperation und verlässlichen zivilisatorischen Leitplanken verlangt. Mit der Abwahl Donald Trumps in den USA sind dafür neue Chancen entstanden.

Die Erosion einer regelbasierten Weltordnung ist kennzeichnend für das ganze letzte Jahrzehnt; sie hat durch vier Jahre Trump-Präsidentschaft rasant zugenommen.⁹ Mit der Aufkündigung vieler internationaler Abkommen, der Förderung des rechten, gewaltaffinen Nationalismus (direkt und mittelbar), der Konfrontation mit China, der Leugnung des Klimawandels wurden Räume für eine immer friedlosere Welt geschaffen. Da erweist sich der Wahlsieg Joe Bidens, der ja ein Ergebnis massenhafter Mobilisierung gegen Verantwortungslosigkeit und Rassismus ist, schon heute als Segen – unabhängig davon, wie die Politik dieser Administration im Einzelnen aussehen wird. Auch in der russischen Politik ist Bewegung. Neuere Tendenzen (siehe die Reaktion Russlands auf den Berg Karabach-Konflikt, die Moldawien-Wahl oder Belarus) deuten auf größere außenpolitische Zurückhaltung und Kooperationsbereitschaft hin. Militärinterventionen sind eben zu teuer.¹⁰

Ein Fenster der Gelegenheit tut sich auf. Viel wird dabei von Europa abhängen (als Zivilmacht, nicht als Großmacht) – und damit von der Bundesrepublik Deutschland! Auf der Agenda stehen viele Fragen: die gerechte Verteilung des Impfstoffs gegen Covid-19, Schuldenentlastung für die Länder der Dritten Welt, die Umsetzung des Pariser Klima-Abkommens und der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030, die Wiederaufnahme intensiver Friedensdiplomatie unter dem Dach der UNO usw. usf.

3.

Ohne DIE LINKE ist ein progressiver Regierungs- und Politikwechsel kaum vorstellbar. Wenn es um die Erneuerung des Sozialstaates, die Beschleunigung eines sozial abgefederten ökologischen Umbaus und die Umsetzung einer konsequenten Friedenspolitik geht, muss DIE LINKE das Salz in der Suppe sein. Dies kann sie nur, wenn sie ihren Stimmenanteil bei der Bundestagswahl erhöht. Aber die Umfragen und die Kommunalwahl in NRW haben gezeigt, dass sie stattdessen auf der Stelle tritt.

DIE LINKE hat sich bemüht, eine lange Phase internen Meinungsstreits hinter sich zu lassen und ungelöste strategische Fragen zu beantworten. Konzepte zu einzelnen Politikfeldern wurden erarbeitet. Die Fortschritte, die dabei unter der Ägide der Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger gemacht wurden, sollten nicht gering geschätzt werden.¹¹ Wie aber steht es um die Fähigkeit der LINKEN, sich Umsetzungschancen für einen Politikwechsel zu erarbeiten und dann auch zu ergreifen? Unter »Politikfähigkeit« verstehen die Medien zumeist die Anpassungsfähigkeit an das »Was ist« und ziehen damit alternative Politik in Misskredit. Darum kann es hier nicht gehen. Stattdessen ist ein Missverständnis aufzulösen, das DIE LINKE bis heute blockiert: Politikfähigkeit ist nicht identisch mit Regierungsfähigkeit! Mit dem Vorbehalt, dass diejenigen, die auf praktische Schritte zur Umsetzung linker Programmatik drängen, nur im Sinn hätten, an die Fleischtöpfe der Macht zu kommen, wird die fällige Debatte über kurz- und mittelfristig erreichbare Ziele moralisch aufgeladen und de facto abgewürgt. Dabei verlangt die Kunst der Politik – auch alternativer Politik – immer auch strategische und taktische Abwägungsprozesse. Die Priorisierung von Forderungen gehört dazu, sie auf ihre Bündnisfähigkeit abzuklopfen ebenso. Einstiegsprojekte sind zu definieren, die für einen tiefer gehenden Politikwandel ermuntern und mobilisieren. Ein Dialog mit verschiedenen gesellschaftlichen Kräften, anderen Parteien, muss versucht werden, um politische Allianzen für bestimmte Schlüsselprojekte zu bilden.¹²

Politikfähigkeit besteht aus mehreren Komponenten:

Eine linke Partei muss die Fähigkeit ausbilden, Menschen in Bewegung zu setzen, zur Eigenaktivität zu motivieren (*Mobilisierungsfähigkeit*). Das kann sie nur, wenn sie in den vielfältigen »Bürgerinitiativen« der Zivilgesellschaft (außerparlamentarische Bewegungen), aber auch in den intermediär wirkenden Organisationen – Organisationen, die sich als Bewegung verstehen, zugleich im Institutionsgefüge dieser Gesellschaft einen festen Platz haben (Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände usw.) – möglichst verankert ist. Die Schwäche der LINKEN, namentlich die mangelnde Präsenz in den Industriegewerkschaften, ist hier offenkundig.

Eine Partei muss sich darum bemühen, gezielt Punkte auf die Tagesordnung zu setzen, mit denen sie öffentlichkeitswirksam Einfluss auf die Regierungspolitik nimmt. Dies bezieht sich auf ihr Wirken außerparlamentarisch, parlamentarisch und ggf. innerhalb einer Regierung (*Agenda-Setting*). Dies ist der LINKEN mit ihrem Protest gegen die

Agenda 2010, Hartz IV und der Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn zeitweilig gut gelungen. Was ist heute profil- bzw. imagebildend für DIE LINKE?

Wer hierzulande Mehrheiten gewinnen will, der kann nicht bei Protestformeln stehen bleiben. Der sollte möglichst genau und plausibel vorschlagen, was, wie, in welcher Zeit geändert werden soll. Es geht um Konzepte, die über den krisenhaften Status quo hinausführen und die geeignet sind, dabei möglichst viele Menschen mitzunehmen (*Problemlösungskompetenz*). Die ungelöste Frage bleibt, warum es der Linken zu wenig gelingt, mit ihren ja teilweise vorhandenen Konzepten durchzudringen. Könnte es sein, dass diese Ideen und Vorschläge allzu oft durch Grundsatz-Parolen übertönt werden?

Zur Politik in parlamentarischen Demokratien gehört zumeist auch, dass eine Partei in der Lage sein sollte, sich in Bündnisse einzubringen, Absprachen zu treffen, Koalitionen zu bilden, in denen die Partner sich aufeinander zubewegen, gemeinsame Schnittmengen abstecken und Kompromisse schließen (*Allianzbildung*). Gerade letzteres ist in dem Maße gefordert, wie es ernst wird. Der Eindruck ist, dass DIE LINKE just diesen Ernstfall partout vermeiden will. Alleinstellung ist ein komfortables Ruhekitzchen. Diesen idyllischen Zustand kann man konservieren, indem man in einen Überbietungswettbewerb mit potenziellen Partnern (SPD/GRÜNE) eintritt, wer die radikalsten Forderungen aufstellt. So wird es schwer sein, zu einem ernsthaften politischen Faktor zu werden.

Zur Frage des »Mitregierens« hatten Kipping/Riexinger in ihrem Papier (s. Anmerkung 4) konstatiert, dass es in der heutigen Umbruchsituation darum gehe, alle Fortschrittskräfte zu bündeln und um einen Richtungswechsel in der Politik zu kämpfen. Regierungsbeteiligung könne in dieser Situation den Unterschied machen!¹³ Für den vorliegenden Entwurf einer Wahlstrategie gilt, dass der Mund nur gespitzt und nicht gepfiffen wird.¹⁴ Dies wiederum dürfte damit zu tun haben, dass sich relevante Teile der LINKEN als Bewegungs- und Protestpartei verstehen. Das ist nicht verkehrt, reicht aber nicht. Der »bewegungslinke« Ansatz steht in der Gefahr, die verschiedenen Ebenen parteilichen Handelns gegenüberzustellen – was meistens in unproduktivem Streit endet. Auf die enge Wechselwirkung zwischen außerparlamentarischen Bewegungen und dem Kampf um institutionelle Einflusspositionen aber kommt es an!

4.

Die Außen- und Friedenspolitik gilt gemeinhin als größter Stolperstein für ein Regierungsbündnis zwischen SPD, LINKEN und GRÜNEN. So kommen Bierbaum/Eifler in einem Strategiepapier zu dem Schluss: »Eine durchaus mögliche Verständigung in der Sozial- und Wirtschaftspolitik könnte ... an der Außenpolitik scheitern.«¹⁵ Denken wir die Sache zu Ende: Nehmen wir an, im Ergebnis von Verhandlungen könnten wirkungsvolle Maßnahmen zur Reduzierung des prekären Sektors in der Arbeitswelt und eine Besserung der Lage der Hartz IV-Bezieher*innen verabredet werden. Ein Investitionsprogramm zum Ausbau sozialer Infrastrukturen und zur ökologischen Erneuerung, das aus einer Reichensteuer (z.B. einer Vermögensabgabe) finanziert würde, wäre vereinbart.

Könnte die LINKE eine solche Übereinkunft ablehnen und aus dem Prozess aussteigen, weil noch deutsche Soldaten in Auslandseinsätzen verbleiben würden? Möglicherweise würde der Kredit der LINKEN im harten Kern der Friedensbewegung steigen; für diejenigen, die von links vor allem mehr Gerechtigkeit und Schutz erwarten, wäre das nicht nachvollziehbar. Die LINKE wäre nach meiner festen Überzeugung als parlamentarische Kraft erledigt.

In einem weiteren Papier hat Heinz Bierbaum noch einmal die zentralen Positionen der LINKEN wiederholt: »keine Auslandseinsätze der Bundeswehr, Reduzierung und Stopp der Rüstungsexporte, keine Militarisierung der EU, Auflösung der NATO zugunsten eines neuen kollektiven Sicherheitssystems unter Einschluss Russlands.«¹⁶ Sind mit dieser Formelsammlung »Haltelinien« für ein Mitregieren markiert? Eine Debatte darüber scheint tabu.

Der außenpolitische Sprecher der Fraktion, Gregor Gysi, und der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch hatten öffentlich und überaus zurückhaltend darüber nachgedacht, dass man die Grundforderungen der LINKEN in diesem Politikfeld nicht über Nacht realisieren könnte. Da man nicht einseitig aus der NATO austreten wolle, sollte darüber nachgedacht werden, wie längerfristig die Ersetzung der NATO durch ein neues System für Sicherheit, Zusammenarbeit und Abrüstung erreicht werden könne. Geerntet haben sie den sattsam bekannten Shitstorm in den »sozialen« Medien. Wenn es um Bundeswehreinsätze und NATO geht, zählen Prinzipien, die niemals aufgeweicht werden dürfen und sonst nichts. Alles oder Nichts, Leben oder Tod.

Dabei ist klar: Die NATO wird sich in den nächsten vier Jahren nicht auflösen, die Bundesrepublik nicht aus den militärischen Strukturen austreten. Nicht alle Auslandseinsätze der Bundeswehr werden beendet sein. Daher brauchen wir eine offene und ehrliche Debatte darüber, was wir erreichen wollen – und können.

Zu Recht wird auch das widersprüchliche Erscheinungsbild der LINKEN gerade in der internationalen Politik beklagt. Eine Reihe von offenen Fragen wäre zu klären. Sind wir für mehr europäische Eigenständigkeit, für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU oder nicht? Das »Ja« der Grünen zur EU-Militärunion zu geißeln ist einfach. Wo sind die eigenen Ideen? Wäre es nicht ein gutes Beispiel und hochaktuell, wenn die EU neue Initiativen für einen gerechten Frieden in Nahost starten würde und die Bundesregierung darauf drängen würde, dass die EU nicht nur ihr Mantra der Zwei-Staaten-Lösung Israel/Palästina wiederholt, sondern dieser Forderung konkret Nachdruck verleiht? Wie soll das geschehen?

Wie hält es DIE LINKE mit den Vereinten Nationen, dem Völkerrecht, den Menschenrechten? Die Vereinten Nationen sind für die globale Friedenssicherung zentral; ihre diplomatischen Bemühungen zur Konfliktlösung sind ebenso unverzichtbar wie ihre Hilfsleistungen im Kampf gegen die Armut und globale Gesundheitsgefährdungen. Die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Katrin Göring-Eckardt, hat jüngst für Militäreinsätze ohne UN-Mandat plädiert. Kosovo lässt grüßen (»Not kennt kein Gebot«). Immerhin hat der Parteitag beschlossen, an der UN-Mandatierung festzuhalten. Aber was ist mit einer LINKEN, die selbst UN-mandatierte Einsätze für Abrüstung ablehnt: Die Mehrheit der Fraktion stimmte gegen den Antrag der Regierung, der vorsah, dass eine Fregatte der deutschen Marine den Abtransport völkerrechtlich geächteten syrischen Giftgases eskortieren sollte.

Wie steht man zu Sanktionen gegen Staaten bzw. »Staatenlenker«, die die Menschenrechte mit Füßen treten? Während energische Sanktionen gegen die Türkei gefordert werden, werden Sanktionen gegen Syrien, Belarus, Iran, Russland abgelehnt. Das erscheint nicht sehr glaubhaft, vor allem wenn man immer wieder die doppelten Menschenrechtsstandards der westlichen Staaten anprangert. Eine fundierte Debatte über harte ökonomische Sanktionen, die wahrscheinlich zu Recht abgelehnt werden und sogenannte »smart sanctions« (z.B. Konteneinfrierung für Angehörige eines menschenverachtenden Regimes) ist fällig.

Neben allzu einfachen Gut- vs. Böse-Zuordnungen scheint ein Grundproblem darin zu bestehen, dass man sich nur ungenügend mit Besonderheiten des internationalen Systems beschäftigt. Hier haben wir es zu tun mit einer Vielzahl von relativ eigenständigen Akteuren mit widerstreitenden Interessen und Bestrebungen, mit sich wandelnden Machtkonstellationen, vertraglichen Bindungen und komplizierten Aushandlungsprozessen. Da reichen eher normative Bekenntnisse und Grundsätze nicht aus.

Es wäre dennoch viel gewonnen, wenn sich DIE LINKE auf einen Handlungskorridor verständigen könnte, der ihre Grundpositionen für konstruktive Konfliktbearbeitung innerhalb und außerhalb der Parlamente markiert. Zum Einstieg:

- a) Wir wollen, dass internationale Konflikte vorsorglich bearbeitet werden. Das wiederum wird nur gehen, wenn die Ursachen (auch die langfristigen und strukturellen) gewaltförmiger Konflikte erkannt und angegangen werden. Dabei werden wir darauf dringen, namentlich die mächtigen kapitalistischen Staaten an ihre Verantwortung für autoritäre Herrschaft, Korruption und Elend in der Welt zu erinnern.
- b) Wir werden die Möglichkeiten humanitärer Hilfe betonen und daraus Forderungen entwickeln. Dies ist deshalb bedeutsam, weil der Hybris zu widerstehen ist, dass man alle Konflikte von außen regeln und beenden könnte. Manchmal kann nur Leid gelindert werden.
- c) Bei sich zuspitzenden oder bereits zugespitzten Konflikten geht es vor allem um De-Eskalation. Um nur einen Punkt zu nennen: Waffenlieferungen, durch die diese Konflikte von außen immer weiter befeuert werden, sollten unterbunden werden. Embargos sind unter Umständen nur mit UN-mandatierten Zwangsmitteln (Kapitel VII der Charta) möglich.
- d) Diplomatische Vermittlung sollte obenan stehen. Viele, vor allem verhärtete Konflikte können nur unter Einschaltung Dritter gelöst werden. Die UN-Sonderbeauftragten sind ins Zentrum zu rücken statt der üblich gewordenen Doppelformate (UN + adhoc-Gremien) in der Krisendiplomatie.
- e) Fehlende Gerechtigkeit hat bei der Entstehung und bei der Nachsorge von Konflikten eine herausragende Bedeutung. Die Ahndung von Verbrechen durch internationale Strafgerichtsbarkeit ist daher wichtig. Und wenn der Internationale Strafgerichtshof sich inzwischen darauf besinnt, nicht nur Kriegsverbrechen in Afrika aufzudecken und zu ahnden, sondern auch die USA, Israel oder andere »westliche« Staaten ins Visier zu nehmen, ist das zu unterstützen. Nota bene: Exzessive Gewalt (auch Polizeigewalt) findet v.a. dort statt, wo es keinerlei Verantwortlichkeit/Zurechenbarkeit (accountability) gibt. Die Bundesregierung sollte den Internationalen Strafgerichtshof nachdrücklich unterstützen.
- f) Das Prinzip »Vorrang für Zivil« muss sich endlich auch in der Ressourcenverteilung, sprich: Haushaltsplanung, wiederfinden. Die Organisationen, die zivile Fachkräfte entsenden oder ausbilden, sollten verlässlich und auskömmlich finanziert werden.

5.

Über eins brauchen wir nicht zu streiten: DIE LINKE sollte entschieden dafür eintreten, dass die Konfrontationspolitik gegenüber Russland und China, die dem Muster der alten Kalten-Kriegslogik folgt, beendet und eine neue Initiative für Entspannung und Kooperation ergriffen wird. Eine neue Regierung muss hier deutlich andere Akzente setzen als die CDU-geführte Merkel-Regierung. Ja, speziell die russische Politik kann uns gar nicht gefallen (innere Repression, Schaffung von Quasi-Staaten, Unterstützung autoritärer Regime und ultrarechter Bewegungen etc.). Aber wir sollten zweierlei im Auge behalten: Erstens, diese Politik ist eine (wenn auch falsche) Reaktion (!) auf westliche Politik, die seit Langem das Ziel verfolgt hat, die russische Föderation an den Rand zu drängen und zu missachten. Zweitens: Die Aufrüstung im Baltikum, Polen und anderswo haben ebenso wenig wie harte Sanktionen mehr Sicherheit und auch nicht mehr Demokratie gebracht. Die Auseinandersetzung um Wertesysteme, Rechtsstaatlichkeit etc. muss geführt werden. Verhaltensänderung sollte indes durch positive Anreize versucht werden: den Dialog über die Reaktivierung und Aufwertung der OSZE fördern, die Vereinbarungen zur wechselseitigen Vertrauensbildung wieder mit Leben erfüllen (Wiener Dokument über Vertrauensbildende Maßnahmen, Open Skies etc.). Vorschläge dazu liegen auf dem Tisch.¹⁷ Eine Möglichkeit zur Annäherung zwischen »dem Westen« und Russland bietet sich im Versuch, strategische Partnerschaften zur Umsetzung des Pariser Abkommens aufzubauen (z.B. Windenergie!). Neue Entspannungspolitik und neue Abrüstungsinitiativen sollten Hand in Hand gehen.

Um eine progressive Außen- und Friedenspolitik zu definieren, wäre es sinnvoll, sich anzuschauen, mit welchen konkreten Streitfragen man in der nahen Zukunft rechnet, welche politischen Entscheidungen anstehen und welche konsensfähigen Initiativen auf den Weg zu bringen wären.¹⁸

- *Schritte zu einer atomwaffenfreien Welt.* Beispiel: 2022 sollen neue US-Kampfflugzeuge beschafft werden, um die nukleare Teilhabe Deutschlands auf lange Sicht festzuschreiben. Dies wird eine wichtige Auseinandersetzung im Wahljahr werden. Zu fordern ist eine Grundsatzdebatte in der EU und der NATO über die nukleare Abschreckung und die nukleare Teilhabe. Deutschland sollte im Ergebnis die Bereitstellung der Luftwaffe für nuklear bestückte US-Flugzeuge beenden. Außerdem: Die Bundesrepublik sollte unverzüglich dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten. Das Atomabkommen mit dem Iran sollte verteidigt und im Dialog weiterentwickelt werden.
- *Wende von der Aufrüstungs- zur Abrüstungspolitik:* Die Bundesregierung sollte endlich dem 2%-Aufrüstungsziel der NATO mutig widersprechen und zu verstehen geben, dass man es nicht umsetzen wird. Den deutschen Rüstungshaushalt

fast verdoppeln zu wollen (ca. 80 Mrd. Euro) ist eine sinnfreie und abenteuerliche Idee. Diese Mittel werden stattdessen für eine nachhaltige Zukunftsgestaltung gebraucht. Dies muss zu einer zentralen Auseinandersetzung 2021 gemacht werden.

- *Keine Beteiligung an Kriegseinsätzen und illegitimer Gewalt:* Was die Bundeswehreinätze betrifft, so wird schon lange eine genauere Evaluation des bisher Erreichten bzw. Nicht-Erreichten gefordert. Die Kosovo-Mission ist zunehmend obsolet und sollte rasch beendet werden. Eine Rückführung des Kontingents aus Afghanistan zeichnet sich ohnehin ab. Ob eine Fortsetzung der UN-mandatierten Marine-Operation am Horn von Afrika zu rechtfertigen ist, gehört ebenso auf den Prüfstand wie die Ausbildungsmission in Mali. Grundsätzlich sollten Beteiligung an künftigen Kriegseinsätzen verneint, Auslandseinsätze ohne Mandat der Vereinten Nationen ausgeschlossen werden. Im Übrigen haben beide christliche Kirchen Konditionen festgehalten, wann Militäreinsätze überhaupt als allerletztes Mittel in Erwägung zu ziehen sind. Eine gute Hilfe.¹⁹
- *Rüstungsexporte drastisch verringern:* Auf dem Gebiet der Rüstungsexporte ließen sich unterhalb der Grundforderung der LINKEN, Waffenausfuhren generell zu verbieten, eine Reihe von Restriktionen beschließen, die der deklarierten Politik der Zurückhaltung mehr Glaubwürdigkeit verleihen würden. Dazu gehört ein Verbot des Kleinwaffenexports. Wir brauchen ein Bundesgesetz, das den Politischen Grundsätzen aus dem Jahr 2000 Verbindlichkeit verleiht. Waffengeschäfte mit Staaten, die Krieg führen und/oder massiv Menschenrechte verletzen, sollen unterbleiben.²⁰

Nachbemerkung

Die LINKE steht bei der Wahl 2021 wieder einmal vor der Frage, ob sie mitregieren will oder nicht. Weder SPD noch Grüne werden einen »Koalitionswahlkampf« führen, weil sie sich verschiedene Optionen offenhalten wollen. Auch DIE LINKE ist gut beraten, vor allem auf eigene Stärke zu setzen. Aber sie hat, wenn sie mitbestimmen will, nur die Option Rot-Rot-Grün. Das sollte sie auch deutlich sagen – und einiges dafür tun. Hic Rhodos, hic salta.²¹

Paul Schäfer ist Soziologe, Redaktion Wissenschaft und Frieden, Mitglied des Sozialistischen Forums Rheinland, lebt in Köln.

Anmerkungen

1 Der Stadtverband der Grünen in Frankfurt/M. hat in einer virtuellen MV seine Ratsfraktion fast komplett ausgewechselt. Hintergrund: viele neue, junge Mitglieder, die mit der Nicht-Umsetzung grüner Vorstellungen in der Koalition mit der CDU nicht einverstanden sind. Daher sollte man mit der These, dass alles auf Schwarz-Grün hinauslaufe, etwas vorsichtiger sein.

2 Robert Misik hat in einer Auswertung des Wahlsieges der Sozialdemokratie in Wien dazu beachtenswerte Hinweise gegeben. R. Misik: Rezepte gegen die Angst, in: ipg-journal vom 15.10.2020, online.

3 Selbst die Direktorin des Internationalen Währungsfonds, Kristalina Georgiewa, beruft sich inzwischen auf die Finanzpolitik von J.M. Keynes, der neue US-Präsident ernannt mit Janet Yellen eine Ministerin, die für eine expansive Geldpolitik eintritt.

4 Katja Kipping/Bernd Riexinger/Harald Wolf/Jörg Schindler: Für eine solidarische Zukunft nach Corona, Mai 2020, www.die-linke.de/start/nachrichten/detail/fuer-eine-solidarische-zukunft-nach-corona/.

5 S. dazu Hans-Jürgen Urban, Transformation in der Bewährung, in: Sozialismus, Heft 9/2020.

6 Dass die Ökologie nicht das Gewinner-Thema für die LINKE ist, ist evident. Aber hier geht es um langfristige Vertrauensbildung gerade mit Blick auf die jüngere Bevölkerung.

7 Mariana Mazzucato: Kapitalismus nach der Pandemie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2020, S. 51ff.

8 Hans Günter Bell/Astrid Kraus/Elisabeth Lange/Hans Lawitzke/Steffen Lehndorff/Alexander Recht/Paul Schäfer: Thesen zur sozialökologischen Transformation, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 6/2020.

9 Dass in linken Kreisen mitunter darauf verwiesen wird, Trump habe wenigstens keinen Krieg angefangen, und Truppen aus Kriegsgebieten abgezogen, zeigt nur, wie sehr die entzivilisierende und damit gewaltfördernde Wirkung Trumps unterschätzt wird.

10 Ulrich Krökel: Putins lange Leine, in: Frankfurter Rundschau vom 24.11.2020, S. 11.

11 Hervorzuheben: Der Aktionsplan Klimagerechtigkeit der Bundestagsfraktion vom 28.1.2020.

12 Siehe zu diesem Abschnitt Alban Werner: Ein Schritt zurück, Blick nach vorn, in: OXI, 12.2.2020, und ders., Ohne Häutung geht es nicht, in: der Freitag, 4.9.2020, online.

13 Siehe dazu auch den Text des Instituts Solidarische Moderne: Nach dem Neoliberalismus, vor der neuen Zeit vom 30.3.2020.

14 Beschluss des Parteivorstandes vom 17.11.2020.

15 Heinz Bierbaum/Ulrike Eifler: Zur Lage und Strategie unserer Partei, 22.9.2020, AG Betrieb & Gewerkschaft, online

16 Heinz Bierbaum: Wo ist DIE LINKE? Überlegungen zum Strategieprozess der Partei, in: Sozialismus 12/2020, S. 49ff.

17 Wolfgang Richter: Höchste Zeit, die militärischen Risiken in Europa einzudämmen, Stiftung Wissenschaft und Politik, Kurz gesagt, vom 7.12.2020, online.

18 Erwägenswertes zur künftigen deutschen Außenpolitik enthält ein Aufsatz des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag. Rolf Mützenich: Das Ende des amerikanischen (Alb-)Traums, in ipg-Journal vom 17.11.2020, online.

19 Denkschriften über den gerechten Frieden: Die katholischen Bischöfe, 2000, der Rat der EKD 2007.

20 Siehe zu diesem Abschnitt die Beiträge von Marius Müller-Hennig und Agnieszka Brugger, in: Paul Schäfer (Hrsg.): In einer aus den Fugen geratenden Welt, Linke Außenpolitik: Eröffnung einer überfälligen Debatte. Hamburg 2014.

21 Für anregende und kritische Diskussionen bedanke ich mich bei Steffen Lehndorff, Alexander Recht, Witich Roßmann und Alban Werner.